

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

9. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 26. Juni 1956	Nummer 68
-------------	---	-----------

Inhalt

(Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht.)

A. Landesregierung.

B. Ministerpräsident — Staatskanzlei —.

C. Innenminister.

I. Verfassung und Verwaltung: RdErl. 8. 6. 1956, Innere Organisation der Bezirksregierungen; hier: Mustergeschäftsverteilungsplan. S. 1397/98.

D. Finanzminister.

E. Minister für Wirtschaft und Verkehr.

F. Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

G. Arbeits- und Sozialminister.

H. Kultusminister.

J. Minister für Wiederaufbau.

K. Justizminister.

C. Innenminister

I. Verfassung und Verwaltung

Innere Organisation der Bezirksregierungen; hier: Mustergeschäftsverteilungsplan

RdErl. d. Innenministers v. 8. 6. 1956 — I—Prüf.Gr./15—30.30

1. Im Zuge der vorgesehenen Neuordnung der staatlichen Mittelinstanz ist der nachstehende „Mustergeschäftsverteilungsplan für die Bezirksregierungen“ aufgestellt worden. Die in ihm enthaltene organisatorische Zuordnung aller Tätigkeitsbereiche einer Bezirksregierung zu den einzelnen Dezernaten und Abteilungen, die im Einvernehmen mit den fachlich beteiligten Ministerien festgelegt wurde, ist für alle Bezirksregierungen ab sofort verbindlich. Dies gilt sowohl für die innerbehördliche Organisation als auch für die Kennzeichen der Abteilungen und die Bezeichnung (Wortlaut und Kennzeichen) der Dezernate.

Ich bitte, die mit dem Inkrafttreten verbundene Umstellung Ihrer Behörde sofort durchzuführen.

- T. Obwohl anzunehmen ist, daß die Durchführung dieser Neugliederung einen gewissen Zeitraum benötigen wird, muß der Voranschlag des Einzelplanes 03, Kap. 331 (Bezirksregierungen) für das Rechnungsjahr 1957, der mir jährlich bis **zum 15. August** einzureichen ist, auf der Grundlage des neuen Geschäftsverteilungsplanes erstellt werden.

2. Ferner ist künftig im Schriftverkehr ein Geschäftszeichen zu verwenden, das in seinen beiden ersten Stellen das Kennzeichen des jeweiligen Dezernats angibt. Dahinter ist ein Punkt zu setzen und dann folgt das Aktenzeichen des betreffenden Vorganges (z. B. 02.1112).
3. In dem Geschäftsverteilungsplan der Bezirksregierung sind die einzelnen Sachgebiete so aufzugliedern, daß der Tätigkeitsbereich jeder Dienstkraft (Abteilungsleiter, Dezernenten, Sachbearbeiter, Bürohilfskräfte einschl. Registratoren) zweifelsfrei ersichtlich ist. Dabei ist sowohl eine Änderung der in dem Mustergeschäftsverteilungsplan aufgeführten Sachgebiete nach Bezeichnung (Wortlaut oder Reihenfolge) als auch ihre Ergänzung nicht statthaft. Eine Ausnahme von dieser Regelung bilden lediglich die angegebenen Aufgabengruppen beim Dezernat „Ordnungsrechtliche Angelegenheiten“ (Nr. 1 Buchst. a—o — S. 1421 22) und beim Dezernat „Gewerbliche Wirtschaft“ (Nr. III 3 Buchst. a—g — S. 1461/62); sie können durch andere Sachgebiete in der weiteren Buchstabenfolge dann ergänzt werden, wenn diese noch nicht aufgeführten Sachgebiete einen ins Gewicht fallenden Arbeitsanfall aufweisen. Änderungen oder Ergänzungen des Mustergeschäftsverteilungsplanes werden aus Gründen der Einheitlichkeit von **mir** vorgenommen und im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen veröffentlicht werden.

4. Bei der Auswertung des Mustergeschäftsverteilungsplanes ist im einzelnen folgendes zu beachten:

- a) In diesem Mustergeschäftsverteilungsplan sind alle Sachgebiete, bei deren Bearbeitung keine Zuständigkeitsüberschneidungen zu befürchten sind (z. B. Sparkassenaufsicht), summarisch aufgeführt. Dagegen mußten solche Sachbereiche, die in der vorgesehenen organisatorischen Zuordnung neu sind (z. B. Personal- und Stellenplanangelegenheiten) oder die sonst zu Zuständigkeitszweifeln Anlaß geben könnten (z. B. Aufzählung der einzelnen Sachgebiete im Dezernat Ordnungsrechtliche Angelegenheiten) spezifiziert werden.

Darüber hinaus sind zur Erleichterung der Benutzung des Mustergeschäftsverteilungsplanes einzelne Sachgebiete zusätzlich durch Anmerkungen näher bestimmt bzw. erläutert worden.

- b) Die Tätigkeit im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht wurde lediglich bei den Dezernenten Volks-, Mittel- (Real-) schulen (innere Schulangelegenheiten) und Forstwesen ausdrücklich genannt, da diese bei ihnen ein eigenes und in sich geschlossenes Aufgabengebiet darstellen. Von diesen Sonderfällen abgesehen, sind die Aufsichtsaufgaben im Rahmen der Bearbeitung des jeweiligen Sachgebietes wahrzunehmen.
- c) Fachliche Angelegenheiten, die die Einrichtung von nachgeordneten Behörden (z. B. von Gewerbeaufsichtsämtern, Staatshochbauämtern, Forstämtern, Wasserwirtschaftsämtern) oder von sonstigen der Aufsicht des Regierungspräsidenten unterstehenden Dienststellen (Einrichtungen) des Landes (z. B. Veterinäruntersuchungsamt, Fischereizuchtanstalt) betreffen, nehmen die fachlich zuständigen Dezernate im Rahmen ihrer Aufsicht (vgl. vorstehend Buchst. b) wahr.
- d) Um zu vermeiden, daß häufige Änderungen des Mustergeschäftsverteilungsplanes erforderlich werden, wurden als Arbeitsgebiete grundsätzlich nur die Sachbereiche (z. B. Obdachlosenangelegenheiten) und nicht die zurzeit in die Zuständigkeit der Bezirksregierung fallenden Aufgaben innerhalb dieses jeweiligen Sachbereichs (z. B. Entscheidung über Beschwerden in Obdachlosenangelegenheiten) aufgeführt. Eine genauere Fassung des Tätigkeitsbereichs wurde nur dort notwendig, wo anderenfalls Zweifel hinsichtlich der Bearbeitungszuständigkeit auftreten könnten (z. B. Abgrenzung der Bearbeitung von Personalien in den verschiedenen Dezernaten).
- e) Unter der Bezeichnung „Zusatz . . .“ sind lediglich die Aufgaben genannt, die die gleichzeitig angegebene Bezirksregierung gegenüber den anderen Bezirksregierungen zusätzlich wahrzunehmen hat.

An die Regierungspräsidenten.

Inhaltsverzeichnis

Kennzeichen	Bezeichnung des Dezernats	Seite
01	Präsidialbüro	1403/04
02	Personal- und Stellenplanangelegenheiten	1405/06
03	Regierungshauptkasse	1407/08
	Zusatz Düsseldorf:	
04	Karteistelle des Landes Nordrhein-Westfalen (G 131)	1407/08
	Abteilung 1	
11	Haushalts-, Rechnungs- und Kassenangelegenheiten, Rechnungsprüfung	1409/10
12	Justitiariat	1411/12
13	Staatshoheitsangelegenheiten, Enteignung und Liegenschaftsverwaltung	1413/14
14	Wiedergutmachung	1415/16
15	Kataster- und Vermessungswesen	1417/18
16	Besoldung und Versorgung	1419/20
	Zusatz Düsseldorf:	
17	Landesrentenbehörde	1419/20
	Abteilung 2	
21	Ordnungsrechtliche Angelegenheiten	1421/22
22	Luft- und Feuerschutz	1423/24
23	Gewerbeaufsicht	1425/26
24	Gesundheit	1427/28
25	Polizeiangelegenheiten	1429/30
	Abteilung 3	
31	Kommunal- und Sparkassenaufsicht	1431/32
32	Gemeindeprüfungsamt	1433/34
33	Vertriebenenangelegenheiten (Bezirksvertriebenenamt) und Allgemeine Wohlfahrtspflege	1435/36
34	Bauangelegenheiten	1437/38
35	Bezirksplanungsbehörde	1441/42
36	Wohnungsbauförderung und Wohnungswesen	1443/44
	Abteilung 4	
41	Kirchensachen	1445/46
42	Volks- und Mittel- (Real-) schulen (innere Schulangelegenheiten)	1447/48
43	Berufsbildende Schulen (innere Schulangelegenheiten)	1449/50
44	Volks-, Mittel- (Real-) schulen und berufsbildende Schulen (äußere Schul- angelegenheiten)	1451/52
45	Allgemeine Kulturpflege, Erwachsenenbildung, Schul- und Vereinssport	1457/58
	Zusatz Detmold:	
46	Dezernat für höhere Schulen im ehem. Lande Lippe (innere Schulangelegenheiten)	1457/58
	Abteilung 5	
51	Lastenausgleich, Kriegsgefangenenentschädigung, Beschwerdeausschüsse	1459/60
52	Gewerbliche Wirtschaft	1461/62
53	Verkehr	1463/64
54	Verteidigungslasten	1465/66
	Abteilung 6	
61	Forstwesen	1467/68
62	Landwirtschaft und Domänen	1469/70
63	Veterinärwesen	1471/72
64	Wasserrecht und Wasserwirtschaft	1473/74

01 Dezernat Präsidialbüro

1. Angelegenheiten des Geschäftsganges und des allgemeinen Dienstbetriebes, insbesondere Geschäftsordnung, Dienstanweisungen, Aktenordnung, Kanzleiordnung, Arbeitszeitfestsetzung
 2. Büroorganisation, Beschaffungswesen und Geschäftsbedürfnisse
 3. Presseangelegenheiten
 4. Regierungsamtsblatt
 5. Dienstgrundstücke und Diensträume (Raumverteilung), Dienst- und Werkdienstwohnungen
 6. Dienstreisen, insbesondere Reisekosten, Dienstkraftwagen, beamteneigene und anerkannt privateigene Kraftfahrzeuge
 7. Beschäftigungsvergütung, Trennungsentschädigung und Umzugskosten
 8. Post- und Fernmeldeangelegenheiten
 9. Dispositionsfonds
 10. Materialien und Vordruckverwaltung
 11. Kantinenangelegenheiten, Gemeinschaftsverpflegung
 12. Abwicklung der Entnazifizierungsausschüsse
 13. Hilfsdienste
 - a) Kanzlei
 - b) Bücherei
 - c) Druckerei
 - d) Postein- und -ausgang
 - e) Altablage
 - f) Botenmeisterei
 - g) Fernsprechzentrale
 - h) Kraftfahrer
 - i) Hausarbeiter, Pförtner- und Reinigungsdienst
-

Anmerkungen zu 01:**Zu Nr. 2:**

Für die Bezirksregierung, die nachgeordneten Dienststellen und für die sonstigen Aufgabenträger, soweit im Geschäftsverteilungsplan keine Sonderregelung getroffen ist.

Zu Nr. 3:

Hier nur zentrale Sachbearbeitung im Auftrage des Regierungspräsidenten oder des Regierungsvizepräsidenten.

Zu Nr. 5:

Wie zu Nr. 2.

Zu Nr. 6 und Nr. 7:

Für alle Dienstkräfte der Bezirksregierung, der nachgeordneten Dienststellen und der sonstigen Aufgabenträger, soweit im Geschäftsverteilungsplan keine Sonderregelung getroffen ist.

Zu Nr. 8 und Nr. 11:

Wie zu Nr. 2.

02 Dezernat Personal- und Stellenplanangelegenheiten

1. Aufbau und Geschäftsverteilung
2. Personaleinsatz und Arbeitsplatzbewertung
3. Zeichnungs- und Anordnungsbefugnis, Dienstaussweise
4. Personalangelegenheiten aller Dienstkräfte der Bezirksregierung, der nachgeordneten Dienststellen und der sonstigen Aufgabenträger, soweit im Geschäftsverteilungsplan keine Sonderregelung getroffen ist

41. Beamte

- a) Stellenplanangelegenheiten
- b) Aus- und Fortbildung
- c) Ein- und Anstellung
- d) Beförderungen
- e) Abordnungen und Versetzungen
- f) Entlassung und Versetzung in den Ruhestand
- g) Disziplinar- und Gnadenangelegenheiten
- h) Ehrungen, Glückwünsche, Beileidsschreiben
- i) Urlaub, Krankheit, Dienstbefreiung und Hausarbeitstag
- k) Dienstunfälle
- l) Unterbringung nach G 131

Zusatz Detmold:

Angelegenheiten von Sowjetzonenflüchtlings nach G 131

- m) Angelegenheiten der Personalvertretungen und der Berufsorganisationen
- n) Sonstige beamtenrechtliche Angelegenheiten, insbesondere Nebentätigkeit, Aussagegenehmigungen und Schadenshaftung
- o) Festsetzung des BDA (DDA) und Dienstaufwandsentschädigung
- p) Beihilfen und Unterstützungen
- q) Gewährung von Vorschüssen

42. Angestellte und Arbeiter

- a) Stellenangelegenheiten
- b) Aus- und Fortbildung
- c) Einstellung und Entlassung
- d) Abordnungen und Versetzungen
- e) Höhergruppierungen
- f) Ehrungen, Glückwünsche, Beileidsschreiben
- g) Urlaub, Krankheit, Dienstbefreiung, Hausarbeitstag
- h) Dienstunfälle
- i) Unterbringung nach G 131
- k) Angelegenheiten der Personalvertretung und der Berufsorganisationen
- l) Sonstige tarifrechtliche Angelegenheiten, insbesondere Nebentätigkeit, Aussagegenehmigungen und Schadenshaftung
- m) Festsetzung der Grundvergütung der Angestellten
- n) Entlohnung der Arbeiter
- o) Beihilfen und Unterstützungen
- p) Gewährung von Vorschüssen

Anmerkung zu 02:**Zu Nr. 4:**

Sonderregelung:

Dezernat „Polizeiangelegenheiten“ — 25 —,

Dezernat „Volks-, Mittel- (Real-) Schulen und berufsbildende Schulen (äußere Schulangelegenheiten)“ — 44 — und

Dezernat „Forstwesen“ — 61 —.

Soweit sich bei Personalangelegenheiten Fragen von allgemeiner oder grundsätzlicher Bedeutung ergeben, ist bei ihrer Bearbeitung das Dezernat „Personal- und Stellenplanangelegenheiten“ — 02 — zu beteiligen.

03 Regierungshauptkasse

1. Annahme und Einziehung von Einnahmen sowie Leistung von Ausgaben
2. Verwaltung von Wertgegenständen (Wertverkehr)
3. Buchführung
4. Rechnungslegung

Zusatz Düsseldorf:

04 Dezernat Karteistelle des Landes NW (G 131)

Abteilung 1

11 Dezernat Haushalts-, Rechnungs- und Kassenangelegenheiten, Rechnungsprüfung

I. Haushaltswesen (Sachbearbeiter des Haushalts)

1. Allgemeine Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung
Aufstellung des Haushaltsvoranschlages der Bezirksregierung und Mitwirkung bei der Aufstellung anderer Haushaltsvoranschläge
3. Verteilung der Haushaltsmittel der Bezirksregierung sowie Mitwirkung bei der Weiterverteilung von Haushaltsmitteln auf nachgeordnete Behörden und sonstige Stellen
4. Mitwirkung bei Maßnahmen und Entscheidungen von geldlicher Tragweite oder bei Angelegenheiten auf Grund besonderer Regelung
5. Überwachung der Hebung aller Verwaltungseinnahmen und der Bewirtschaftung der Haushaltsmittel (Kontrolle der Anschreibungs- und Haushaltsüberwachungslisten, der Nachweisungen über die verteilten Ausgabemittel sowie der Planstellenüberwachungs- und Planstellenbesetzungslisten)
6. Überwachung der Handvorschüsse (eiserne Vorschüsse)
7. Betriebsmittel der Regierungshauptkasse und sonstiger Kassen
8. Zusammenstellung der Beiträge zur Haushaltsrechnung der Bezirksregierung und Mitwirkung bei der Aufstellung anderer Beiträge zur Haushaltsrechnung
9. Mitwirkung bei der Aufstellung
 - a) der Nachweisungen über Forderungen des Landes, insbesondere aus Darlehen,
 - b) der Vermögensübersichten des Landes über bewegliche Sachen und
 - c) des Landesgrundbesitzverzeichnisses
10. Mitwirkung bei der Erledigung und Beantwortung von Prüfungsmitteilungen des Landes- und des Bundesrechnungshofs

II. Kassenangelegenheiten

1. Grundsätzliche Angelegenheiten des Kassenwesens
2. Kassenaufsicht
3. Errichtung, Verlegung sowie Auflösung von Kassen und Zahlstellen
4. Fehlbeträge und Falschgeldangelegenheiten
5. Mitwirkung bei der Aussonderung und Vernichtung von Kassenrechnungen, Kassenbüchern und Belegen
6. Kassenprüfung bei den der Regierungshauptkasse nachgeordneten und sonstigen Kassen innerhalb des Regierungsbezirks auf Grund besonderer Regelung oder Anweisung

III. Rechnungsprüfung (Rechnungsamt)

1. Allgemeine Angelegenheiten der Rechnungsprüfung
2. Vorprüfung von Verwaltungsrechnungen für das Land und für den Bund
3. Abschließende Prüfung der vom Landes- und vom Bundesrechnungshof überlassenen Rechnungen
4. Mitwirkung bei der Erledigung von Prüfungsmitteilungen des Landes- und des Bundesrechnungshofs
5. Mitwirkung bei Geschäftsprüfungen der Verwaltung
6. Beteiligung bei organisatorischen und verwaltungstechnischen Maßnahmen von Bedeutung
7. Prüfung von Kassenanweisungen vor ihrer Ausführung in formaler, rechnerischer und sachlicher Hinsicht
8. Mitwirkung bei Kassenprüfungen

Anmerkungen zu 11:

Zu Nr. I. 2:

Bei der Aufstellung anderer Haushaltsvoranschläge, z. B. der Landespolizeibehörde, der Kreispolizeibehörden, der Gewerbeaufsichtsämter, der Staatshochbauämter, der Forstämter, der Wasserwirtschaftsämter, des Veterinäruntersuchungsamtes sowie der Landesschul- und der Landesmittelschulkasse wirkt der Regierungs- und Kassenrat als Sachbearbeiter des Haushalts durch Mitzeichnung mit.

Zu Nr. I. 3:

Um jeden unnötigen Verwaltungsaufwand zu vermeiden, sind die Haushaltsmittel der Bezirksregierung den Planverwaltern, d. h. den für die Bewirtschaftung zuständigen Sachbearbeitern in den Dezernaten grundsätzlich ohne Zurückbehaltung irgendwelcher Reste zuzuteilen.

Zu Nr. I. 10:

Der Regierungs- und Kassenrat (Sachbearbeiter des Haushalts) hat hierbei vor allem die Stellungnahmen mehrerer sachlich beteiligter Dezernate zu Prüfungsmitteilungen des Landes- oder des Bundesrechnungshofs zusammenzufassen.

12 Dezernat Justitiariat**I. Allgemeine Rechtsangelegenheiten**

1. Mitwirkung beim Abschluß von Verträgen und bei der Übernahme von Verbindlichkeiten für den Fiskus
2. Führung von Rechtsstreitigkeiten vor den Zivilgerichten mit Ausnahme der Verfahren in Wiedergutmachungsangelegenheiten
3. Mitwirkung bei der außergerichtlichen Regelung von Schadensersatzansprüchen
4. Mitwirkung bei der Untersuchung und Anerkennung von Dienstunfällen
5. Rechtsberatung der Dezernate in sonstigen zivil- und strafrechtlichen Angelegenheiten

II. Besondere Rechtsangelegenheiten

1. Stiftungen des privaten und des öffentlichen Rechts
 2. Wirtschaftliche Vereine (Verleihung der Rechtsfähigkeit, Aufsicht)
 3. Nachlaßsachen des Fiskus und Aneignung herrenloser Grundstücke
-

Anmerkungen zu 12:**Zu Nr. I. 4:**

Dienstunfälle werden in den Dezernaten bearbeitet, die für die Personalangelegenheiten der betroffenen Dienstkräfte zuständig sind.

Zu Nr. I. 5:

Die Beratung bezieht sich auch auf die Behandlung grundbuchrechtlicher Angelegenheiten sowie auf die Überprüfung zu erstattender Gerichts- und Anwaltskosten.

Zu Nr. II. 2:

Die Angelegenheiten der privaten Versicherungsvereine werden im Dezernat „Gewerbliche Wirtschaft“ — 52 — bearbeitet.

13 Dezernat Staatshoheitsangelegenheiten, Enteignung und Liegenschaftsverwaltung

I. Staatshoheitsangelegenheiten

1. Staatsangehörigkeitsangelegenheiten
2. Personenstands- und Standesamtsangelegenheiten, Namensänderungs- und Namensfeststellungsverfahren
3. Auszeichnungen und Ehrungen
4. Auswanderungsangelegenheiten
5. Volkszählung, Statistik und Ortsklasseneinteilung
6. Verkehr mit ausländischen amtlichen Vertretungen und Nachlaßangelegenheiten von im Ausland verstorbenen Personen
7. Auswahl der Schöffen und Geschworenen, Schiedsmannswesen
8. Kriegsgräberfürsorge
9. Naturschutz
10. Sonstige Staatshoheitsangelegenheiten, soweit nicht nach dem Geschäftsverteilungsplan ein anderes Dezernat zuständig ist

II. Enteignung

III. Liegenschaftsverwaltung

1. Verwaltung der landeseigenen Grundstücke und Gebäude mit Zubehör, soweit nicht nach dem Geschäftsverteilungsplan ein anderes Dezernat zuständig ist
2. Verwaltung des ehemaligen NS-Vermögens (beweglich und unbeweglich, Hypotheken und Darlehen)

Zusatz Detmold:

3. Vermögens- und Schuldenverwaltung des ehemaligen Landes Lippe
-

Anmerkungen zu 13:

Zu Nr. I. 3:

Die Dienstzeitehrungen für Dienstkräfte des Landes werden in den Dezernaten bearbeitet, die für die Personalangelegenheiten dieser Dienstkräfte zuständig sind.

Zu Nr. II:

Zu diesem Aufgabenbereich gehört die Durchführung aller sich nach den geltenden Rechtsvorschriften ergebenden Enteignungsverfahren.

Zu Nr. III. 1:

Sonderregelung:

Dezernat „Präsidialbüro“ — 01 —,

Dezernat „Polizeiangelegenheiten“ — 25 — und

Dezernat „Forstwesen“ — 61 —.

14 Dezernat Wiedergutmachung

1. Haushaltsangelegenheiten
2. Schäden an Leben, Körper, Gesundheit und Freiheit
3. Schäden an Eigentum und Vermögen
4. Schäden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen
 - a) Selbständige Berufe, Darlehen
 - b) Private Dienstverhältnisse
 - c) Öffentlicher Dienst und Angelegenheiten nach dem BWGöD
 - d) Schäden in der Ausbildung
 - e) Versicherungs- und Versorgungsschäden
5. Landesrechtliche Betreuungsmaßnahmen

Zusatz Köln:

6. Ansprüche der besonderen Verfolgtengruppen
7. Härtefonds für rassistisch Verfolgte nicht jüdischen Glaubens

15 Dezernat Kataster- und Vermessungswesen

I. Verwaltungsangelegenheiten

1. Ausbildungs-, Fortbildungs- und Prüfungsangelegenheiten der Dienstkräfte Fachrichtung Kataster- und Gemeindevermessung

Zusatz Münster:

Geschäftsführung des Prüfungsausschusses für den gehobenen vermessungstechnischen Dienst

Zusatz Köln:

Geschäftsstelle der Hauptprüfungsausschüsse für die vermessungstechnischen Behördenangestellten in den Fachrichtungen „Kataster“- und „Vermessungsdienst der Gemeindeverwaltung“ und für Lehrabschlußprüfungen der Vermessungstechnikerlehrlinge in den Fachrichtungen „Kataster- und Gemeindevermessungsdienst“ und „Vermessungsdienst bei den Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren“.

2. Mitwirkung bei Haushalts-, Stellenplan- und Personalangelegenheiten der Bodenschätzung
3. Verwaltung der Beiträge Dritter und Ausgaben für überörtliche Aufgaben des Kataster- und Vermessungswesens
4. Angelegenheiten des Finanzausgleichs der Katasterämter
5. Beschaffung und Verwaltung der vermessungstechnischen Instrumente, Geräte, Vordrucke und des Zeichenbedarfs
6. Angelegenheiten der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure

II. Vermessungstechnische Angelegenheiten

1. Katasterneuvermessung, zeichnerische Erneuerung der Flurkarten
2. Bodenschätzung, Aufstellung und Fortführung des neuen Liegenschaftskatasters, Übernahme und Fortführung der Bodenschätzungsergebnisse
3. Flurbereinigung, Siedlungen, Bodenreform und Umlegungen
4. Sonstige Lage- und Höhenvermessungen
5. Deutsche Grundkarte 1:5000, Bodenkarte 1:5000
6. Amtliche Entfernungskarte, Entfernungsbescheinigungen, Richtpreisplan, Kaufpreiskarte und Grundwertkarte
7. Einheitsbewertung

Zusatz Aachen, Düsseldorf, Münster:

8. Vermessungstechnische Angelegenheiten an der Bundesgrenze

III. Katasterangelegenheiten

1. Fortführung des Katasters
2. Fortführungsvermessungen, Grenzfeststellungen und Grenzprozeßangelegenheiten
3. Gebäudeeinmessung, Grenzbescheinigungen
4. Trigonometrischer und topographischer Meldedienst
5. Trigonometrische und polygonometrische Angelegenheiten
6. Zweckdienlichkeitsbescheinigungen

Anmerkung zu 15:

Zu Nr. 1. 2:

Die Mitwirkung umfaßt sowohl ein Vorschlagsrecht dieses Dezernats als auch die Verpflichtung der für die Bearbeitung federführenden Dezernate „Präsidialbüro“ —01— und „Personal- und Stellenplanangelegenheiten“ —02—, dieses Dezernat bei Entscheidungen durch Mitzeichnung zu beteiligen.

16 Dezernat Besoldung und Versorgung

1. Berechnung und Anweisung der Bezüge aller Beamten, Angestellten und Arbeiter der Bezirksregierung, der nachgeordneten Behörden und der sonstigen Aufgabenträger, soweit im Geschäftsverteilungsplan keine Sonderregelung getroffen ist.
2. Festsetzung und Regelung der Versorgungsbezüge einschließlich Gewährung von Beihilfen und Unterstützungen für Landesbeamte und Beamte nach G 131 sowie für ihre Hinterbliebenen.

Zusatz Düsseldorf:

17 Dezernat Landesrentenbehörde

Anmerkung zu 16:**Zu Nr. 1:**

Eine Sonderregelung gilt lediglich für das Dezernat „Forstwesen“ —61— hinsichtlich der Entlohnung von Arbeitern bei den staatlichen Forstämtern.

Abteilung 2

21 Dezernat Ordnungsrechtliche Angelegenheiten

1. Angelegenheiten der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Gefahrenabwehr), soweit nicht nach dem Geschäftsverteilungsplan ein anderes Dezernat zuständig ist. Hierzu gehören insbesondere
 - a) Polizeibehördliche Angelegenheiten auf den Gebieten des Sprengstoff-, Waffen- und Munitionswesens
 - b) Schießstandanlagen
 - c) Paß-, Ausländer-, Melde- und Personalausweiswesen
 - d) Strafregisterangelegenheiten, amtliche Führungszeugnisse und Polizeiaufsicht
 - e) Obdachlosenangelegenheiten
 - f) Sammlungen, Lotterien und Ausspielungen
 - g) Glücks- und Geschicklichkeitsspiele, mechanisch betriebene Spiele, Sportwetten einschl. Buchmacher- und Totalisatorangelegenheiten
 - h) Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit
 - i) Gaststättenschlußzeit und Tanzlustbarkeiten
 - k) Schutz der Sonn- und Feiertage
 - l) Nachbarschutz einschließlich Lärmbekämpfung
 - m) Friedhofsangelegenheiten
 - n) Fundsachen
 - o) Vollzugshilfe
 2. Vertretung des öffentlichen Interesses
 - a) Wahrnehmung der Geschäfte des ständigen Vertreters des öffentlichen Interesses beim Landesverwaltungsgericht
 - b) Wahrnehmung der Geschäfte des Vertreters des öffentlichen Interesses in Beschlusssachen
-

Anmerkungen zu 21:

Zu Nr. 1:

Die Aufzählung der Sachgebiete Buchst. a—o ist nicht erschöpfend. Hier sind lediglich die nach Arbeitsanfall bedeutsameren Arbeitsgebiete aufgeführt.

Zu Nr. 1.1:

Vgl. hierzu Dezernat „Gewerbeaufsicht“ —23—.

Zu Nr. 2:

Verwaltungsstreitverfahren, die von der Bezirksregierung zu führen sind, werden grundsätzlich von den jeweils sachlich zuständigen Dezernaten bearbeitet. Diese Regelung umfaßt auch die Vertretung der Behörde vor den Verwaltungsgerichten.

22 Dezernat Luft- und Feuerschutz

I. Luftschutz

1. Aufbau und Gliederung
2. Aufstellung, Ausbildung, Einsatz und Ausrüstung der LS-Hilfsdienste
3. Luftschutztechnische Geräte und sonstige Hilfsmittel
4. Arzneimittelbevorratung
5. Luftschutzmäßige Planung von und Mitwirkung bei Bauten
6. Evakuierung
7. Luftschutz der besonderen Verwaltungen, Industrieluftschutz und Selbstschutz

II. Katastrophenschutz

1. Planungsmaßnahmen
2. Einsatzbereitschaften
3. Aus- und Fortbildung im Katastrophenschutz

III. Feuerschutz

1. Vorbeugender Brandschutz (Brandverhütung), Brandverhütungsingenieure
2. Angelegenheiten des Feuerlöschwesens
 - a) Organisation, Ausbildung und Personalangelegenheiten der Feuerwehren
 - b) Feuerschutztechnische Geräte und sonstige Hilfsmittel
 - c) Beihilfen aus der Feuerschutzsteuer
3. Feuerschutztechnische Beratung bei Feuerwehrbauten
4. Krankentransport- und Rettungsdienst

IV. Kampfmittelbeseitigung

1. Aufbau, Einsatz und Ausrüstung
2. Lagerplätze

Zusatz Düsseldorf:

3. Sprengplatz
-

Anmerkungen zu 22:

Zu Nr. I. 2:

Diese örtlichen und überörtlichen Hilfsdienste gliedern sich in

- a) LS-Sanitätsdienst
- b) LS-Brandschutzdienst
- c) LS-Bergungs- und Instandsetzungsdienst
- d) LS-Veterinärdienst
- e) LS-Entgiftungsdienst
- f) LS-Betreuungsdienst

Zu Nr. II. 1:

Zu den Planungsmaßnahmen gehören insbesondere die allgemeinen Planungen auf dem Gebiete des Katastrophenschutzes, die Katastrophenschutzpläne, der Katastrophenschutzkalender sowie der Katastrophenschutz für Liegenschaften ausländischer Streitkräfte.

Zu Nr. IV. 1:

Hierzu gehört auch die Bearbeitung der Entmunitionierungspläne.

23 Dezernat Gewerbeaufsicht

1. Mitwirkung bei Haushalts-, Stellenplan- und Personalangelegenheiten der Gewerbeaufsichtsämter

Zusatz Arnsberg und Düsseldorf:

und des Staatlichen Gewerbearztes

2. Ausbildungs-, Prüfungs- und Fortbildungsangelegenheiten der Dienstkräfte Fachrichtung Gewerbeaufsicht
3. Unfallverhütung, Feuer- und Explosionsschutz in gewerblichen Betrieben
4. Arbeitsschutz für Schwerbeschädigte
5. Gewerbehygiene einschließlich Berufserkrankungen
6. Arbeitsschutz für Frauen, Jugendliche und Kinder, Mutterschutz
7. Arbeitsschutz für Heimarbeiter(innen)
8. Arbeitszeit (werk- und sonntäglich) und Ladenschlußzeiten
9. Überwachungsbedürftige Anlagen
10. Angelegenheiten auf dem Gebiete des Sprengstoffwesens
11. Genehmigungspflichtige gewerbliche Anlagen
12. Reinhaltung der Luft in Industriegebieten
13. Nachbarschutz bei überwachungsbedürftigen Anlagen und Mitwirkung in Angelegenheiten des Nachbarschutzes bei sonstigen gewerblichen Betrieben
14. Mitwirkung bei der Abwasserbeseitigung und Abwasserreinigung gewerblicher Betriebe
15. Angelegenheiten der Filmvorführer und Prüfung der Bildwerfer

Zusatz Arnsberg und Köln:

16. Aufsicht über den Technischen Überwachungsverein
-

Anmerkungen zu 23:**Zu Nr. 1:**

Die Mitwirkung umfaßt sowohl ein Vorschlagsrecht dieses Dezernats als auch die Verpflichtung der für die Bearbeitung federführenden Dezernate „Präsidialbüro“ —01— und „Personal- und Stellenplanangelegenheiten“ —02—, dieses Dezernat bei Entscheidungen durch Mitzeichnung zu beteiligen.

Zu Nr. 8:

Die Angelegenheiten der Gaststättenschlußzeit (sog. Polizeistunde) werden im Dezernat „Ordnungsrechtliche Angelegenheiten“ —21— bearbeitet.

Zu Nr. 13:

Vgl. hierzu die Zuständigkeit des Dezernats „Ordnungsrechtliche Angelegenheiten“ —21—.

24 Dezernat Gesundheit

1. Angelegenheiten der Amtsärzte, Gesundheitsämter, Ärzte und Zahnärzte (Dentisten)
2. Angelegenheiten der Heilpraktiker
3. Angelegenheiten der Hebammen
4. Heil- und Pflegepersonal, insbesondere Krankenpfleger, Irrenpfleger, Krankenschwestern, Säuglings- und Kinderschwester, medizinisch-technische Assistentinnen, Heilgymnastinnen, Wochenpflegerinnen, Diätassistentinnen und Masseure
5. Wohlfahrtsschulen, Wohlfahrtspfleger(innen)
6. Krankenanstalten, Institute und Kliniken, Heil- und Pflegeanstalten
 - a) Gesundheitsbehördliche Aufsicht
 - b) Zuschüsse zur Beschaffung von Einrichtungsgegenständen
7. Mitwirkung beim Rettungs- und Krankenbeförderungswesen
8. Blutspendedienst
9. Apotheken
10. Drogerien
11. Arzneimittel
12. Lebens- und Genußmittel, soweit nicht tierischer Herkunft
13. Kurorte und Heilquellen

Zusatz Detmold:

Angelegenheiten des Staatsbades Oeynhausen

14. Gerichtsärztlicher Ausschuß
15. Angelegenheiten der freiwilligen Krankenpflege, Angelegenheiten des DRK
16. Mitwirkung beim Luft- und Katastrophenschutz
17. Mitwirkung bei Angelegenheiten der Streitkräfte
18. Abwicklung der Erbgesundheitsverfahren
19. Hygiene, insbesondere Ortschafts- und Wohnungshygiene, Trinkwasserversorgung, Abwasser- und Abfallstoffe, Badewesen
20. Seuchenbekämpfung einschließlich Tuberkulosenfürsorge
21. Impfangelegenheiten einschließlich Impfschädenregelung
22. Desinfektionsangelegenheiten
23. Leichen- und Bestattungsangelegenheiten
24. Allgemeine Gesundheitsfürsorge, insbesondere Fürsorge für Körperbehinderte, Blinde und Taubstumme, Krebsfürsorge, Geschlechtskrankenfürsorge und Fürsorge für Süchtige und Trinker
25. Jugendgesundheitspflege, insbesondere Schulgesundheitspflege, Schulzahnpflege
26. Mütter-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge
27. Unterbringung von Geisteskranken

Anmerkungen zu 24:**Zu Nr. 5:**

Hinsichtlich der Wohlfahrtsschulen ist das Dezernat sowohl für die inneren als auch für die äußeren Schulangelegenheiten ausschließlich zuständig.

Zu Nr. 6:

Für die Planung von Krankenanstalten, Instituten und Kliniken, Heil- und Pflegeanstalten ist, soweit hierbei die Bezirksregierung tätig wird, dieses Dezernat federführend. Für die finanzielle Förderung dieser Bauten ist das Dezernat „Wohnungsbauförderung und Wohnungswesen“ —36— zuständig, das hierbei das Dezernat „Gesundheit“ fachlich zu beteiligen hat.

Zu Nr. 27:

Die Angelegenheiten der Einweisung von (gemeingefährlichen) Geisteskranken sind, soweit hierbei die Bezirksregierung zuständig ist (Entscheidung über Beschwerden), federführend in diesem Dezernat zu bearbeiten.

25 Dezernat Polizeiangelegenheiten

I. Verwaltung

1. Aufbau und Geschäftsverteilung der Polizeibehörden
2. Geschäftsordnungen und Dienstanweisungen
3. Polizeibeiräte
4. Vereins-, Presse- und Versammlungswesen
5. Bestellung zu Hilfspolizeibeamten
6. Kurierdienst, Dienstaussweise und Dienstmarken
7. Personalangelegenheiten
 71. Beamte des Polizeivollzugsdienstes der Landespolizeibehörde (Sonderdienste) und der Kreispolizeibehörden
 - a) Stellenplanangelegenheiten
 - b) Ein- und Anstellung
 - c) Beförderungen
 - d) Abordnungen und Versetzungen
 - e) Entlassung und Versetzung in den Ruhestand
 - f) Disziplinar- und Gnadenangelegenheiten
 - g) Ehrungen, Belohnungen, Glückwünsche, Beileidsschreiben
 - h) Urlaub, Krankheit, Dienstbefreiung und Hausarbeitstag
 - j) Dienstunfälle
 - k) Angelegenheiten der Personalvertretungen und der Berufsorganisationen
 - l) Sonstige beamtenrechtliche Angelegenheiten, insbesondere Nebentätigkeit, Aussagegenehmigungen, Heiratserlaubnis und Schadenshaftung
 72. Polizeiverwaltungsbeamte, Angestellte und Arbeiter
 - a) Stellenplanangelegenheiten der Landespolizeibehörde (Sonderdienste) und der Kreispolizeibehörden
 - b) Mitwirkung bei beamten- und tarifrechtlichen Angelegenheiten der Polizeiverwaltungsbeamten, Angestellten und Arbeiter der Landespolizeibehörde (Sonderdienste) und der Kreispolizeibehörden
8. Wirtschaftliche Angelegenheiten der Landespolizeibehörde (Sonderdienste), der Kreispolizeibehörden und der Polizeieinrichtungen
 - a) Haushaltsangelegenheiten
 - b) Persönliche und sächliche Ausgaben für Polizeivollzugsbeamte, insbesondere Beihilfen, Unterstützungen und Gehaltsvorschüsse, Reise- und Umzugskosten, Beschäftigungsvergütung und Trennungsschädigung; Zulagen, Bewegungsgelder, Pauschvergütungen und Fahndungskosten. Dienstaufwandsentschädigungen; Heilfürsorge;
 - c) Bau- und Unterkunftangelegenheiten einschließlich Dienst- und Werkdienstwohnungen, Wohnungsfürsorge
 - d) Geschäftsbedürfnisse, Post- und Fernmeldegebühren, Büchereimittel
 - e) Bekleidung, Ausrüstung und Verpflegung
 - f) Schadensersatzansprüche und sonstige vermögensrechtliche Angelegenheiten
 - g) Sonstige sächliche Ausgaben
 - h) Einnahmen
9. Polizeiärztlicher Dienst und Polizeiveterinärdienst

II. Schutzpolizei

1. Einsatz und Verwendung
2. Organisation, Stärke, Bewaffnung, Ausbildung und Schulung
3. Verkehrs- und Kraftfahrangelegenheiten
4. Fernmeldewesen

III. Kriminalpolizei

1. Einsatz und Verwendung
2. Organisation, Stärke, Ausbildung und Schulung
3. Polizeiliche Bekämpfung verfassungsfeindlicher Bestrebungen

Anmerkungen zu 25:

Zu Nr. 1.7 (71, 72), 8:

Zu den „Sonderdiensten“ zählen die Verkehrsüberwachungsbereitschaft, der Kraftfahr-, Fernmelde- und Funkstreifendienst, die Bekleidungskammer, die Waffenmeisterei und der polizeiärztliche Dienst einschließlich des Sanitätsdienstes.

Zu Nr. 1.7 (72 b):

Die Mitwirkung umfaßt sowohl ein Vorschlagsrecht dieses Dezernats als auch die Verpflichtung des für die Bearbeitung federführenden Dezernats „Personal- und Stellenplanangelegenheiten“ — 02 —, dieses Dezernat bei Entscheidungen durch Mitzeichnung zu beteiligen.

Abteilung 3

31 Dezernat Kommunal- und Sparkassenaufsicht

I. Allgemeine Kommunalaufsicht

1. Prüfung, Genehmigung von Satzungen
2. Gebietsänderungen, Entscheidungen in Grenzstreitigkeiten
3. Verleihung und Änderung von Bezeichnungen
4. Flaggen-, Wappen- und Siegelführung
5. Wahlen
6. Angelegenheiten der Zweckverbände
7. Sonstige kommunalverfassungsrechtliche Angelegenheiten

II. Finanzwesen und wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden (GV)

1. Haushaltswesen (Haushaltssatzungen), Kassen- und Rechnungswesen
2. Steuern, Gebühren und Beiträge sowie personelle Leistungen und Verwaltungskostenpauschbeträge
3. Finanzausgleich
4. Gewerbesteuerenausgleich
5. Darlehen, darlehnsähnliche Geschäfte sowie Bürgschaften oder andere Sicherheitsbestellungen
6. Veräußerungs- und Verpflichtungsgeschäfte
7. Örtliche Stiftungen nach der Gemeindeordnung
8. Wirtschaftliche Unternehmen

III. Beamten-, besoldungs- und tarifrechtliche Angelegenheiten der Dienstkräfte der Gemeinden (GV) einschließlich G 131

IV. Sparkassenaufsicht

Anmerkung zu 31:**Zu Nr. I.5:**

Hier sowohl Kommunal- als auch Landtags- und Bundestagswahlen.

32 Dezernat Gemeindeprüfungsamt

1. Allgemeine Angelegenheiten des Prüfungswesens
2. Überörtliche Prüfung des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens der Gemeinden und Gemeindeverbände
3. Bilanzprüfungen der kommunalen Wirtschaftsbetriebe
4. Prüfungen der kommunalen Zusatzversorgungskassen
5. Sonderprüfungen

Zusatz Düsseldorf:

6. Prüfung der Jahresrechnung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe und des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk

Zusatz Münster:

6. Prüfung der Jahresrechnung des Landschaftsverbandes Rheinland
-

33 Dezernat Vertriebenenangelegenheiten (Bezirksvertriebenenamt) und Allgemeine Wohlfahrtspflege

I. Vertriebene, Flüchtlinge und Evakuierte

1. Anerkennung der Vertriebenen- oder Flüchtlingseigenschaft

Zusatz Köln:

Anerkennung der Vertriebenen- oder Flüchtlingseigenschaft sowie Ausweiserteilung für Heimatvertriebene und SBZ-Flüchtlinge, die im Ausland leben.

2. Ausschluß von der Inanspruchnahme der Rechte nach dem Bundesvertriebenengesetz

— BVFG —

3. Wirtschaftliche Betreuung von Vertriebenen und Flüchtlingen, insbesondere Kreditgewährung aus Landesmitteln sowie Ausbildungsbeihilfen

4. Fürsorgerische Betreuung der Vertriebenen und Flüchtlinge, insbesondere Zuschüsse für Heimbauten und Heimeinrichtungen sowie Vergütungszuschüsse für Fürsorgerinnen in Gemeinden und Gemeindeverbänden

5. Kulturelle Betreuung der Vertriebenen und Flüchtlinge

6. Innere und äußere Umsiedlung

7. Aufnahme und Unterbringung der Zuwanderer aus der SBZ in Lagern und Notunterkünften

8. Zuzugsbescheinigungen für Bewohner der SBZ

9. Anerkennung der Eigenschaft als politischer Häftling und Beihilfen an ehemalige politische Häftlinge aus der SBZ und aus gleichgestellten Gebieten

10. Angelegenheiten der Vertriebenen- und Flüchtlingsbeiräte

11. Angelegenheiten der Evakuierten

II. Allgemeine Wohlfahrtspflege

1. Allgemeine fürsorgerechtliche Angelegenheiten

2. Angelegenheiten der sozialen Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene

3. Angelegenheiten der Heimkehrer

4. Angelegenheiten auf dem Gebiete der Jugendwohlfahrt einschließlich Bundesjugendplan

5. Blindenfürsorge

6. Kriegsfolgenhilfe, soweit nicht nach dem Geschäftsverteilungsplan ein anderes Dezernat zuständig ist

7. Mietbeihilfen

8. Sonstige Angelegenheiten der allgemeinen Wohlfahrtspflege, insbesondere Weihnachtsbeihilfen, Hausbrandbeihilfen, Beihilfen aus dem Bergmannshärtefonds und Kindersuchdienst

Anmerkungen zu 33:

Zu Nr. I.7:

Hinsichtlich der Entschädigungen und Ersatzleistungen für die Inanspruchnahme von Notunterkünften und Lagern zur Unterbringung von Zuwanderern aus der SBZ vgl. Dezernat „Verteidigungslasten“ — 54 —.

Zu Nr. II.7:

Hier sind die Beihilfen auf Grund des Sechsten Abschnitts des Bundesmietengesetzes vom 27. 7. 1955 (BGBl. I S. 458) in Verbindung mit dem RdErl. des Arbeits- und Sozialministers vom 8. 10. 1955 (MBl. NW. S. 2056) zu bearbeiten.

Hinsichtlich der Mietbeihilfen für kinderreiche Familien vgl. Dezernat „Wohnungsbauförderung und Wohnungswesen“ — 36 —.

34 Dezernat Bauangelegenheiten

I. Staatshochbau

1. Mitwirkung bei Haushalts-, Stellenplan- und Personalangelegenheiten der örtlichen Staatshochbaudienststellen
2. Ausbildungs-, Prüfungs- und Fortbildungsangelegenheiten der Dienstkräfte Fachrichtung Hochbau

Zusatz Arnsberg:

Geschäftsführung des Prüfungsausschusses für die Anwärter des gehobenen Dienstes Fachrichtung Hochbau

3. Baumeisterprüfungen
4. Neu-, Um- und Erweiterungsbau sowie Unterhaltung von staatlichen Gebäuden einschließlich Wettbewerbsangelegenheiten und Beteiligung von freiberuflichen Fachkräften
5. Unterhaltung von Patronatsbauten
6. Bewirtschaftung der Bauleitungsmittel
7. Fachtechnische Mitwirkung bei Neu-, Um-, Erweiterungs- und Wiederaufbau von
 - a) Volks-, Mittel- (Real-) schulen, berufsbildenden Schulen, nichtstaatlichen höheren Schulen und sonstigen Bildungsstätten
 - b) Krankenanstalten, Kliniken, Schwesternheimen sowie Heil- und Pflegeanstalten, Apotheken
 - c) sonstigen Gebäuden — mit Ausnahme des öffentlich geförderten Wohnungsbaues —, deren Baudurchführung mit Landes- oder Bundesmitteln gefördert wird
8. Baudenkmalpflege einschließlich Gewährung von Landesbeihilfen
9. Verdingungsangelegenheiten
10. Grundstücks- und Gebäudebeurteilung

II. Bauaufsicht

1. Baurechtliche und bautechnische Vorschriften, insbesondere Bauordnungen, Ortssatzungen (Ortsstatute) und Gebührenordnungen
2. Befreiungen (Dispense)
3. Baubeschwerden
4. Zuständigkeitsregelungen bei Baugenehmigungsverfahren
5. Baugestaltung und Außenwerbung
6. Bauaufsichtliche Behandlung von öffentlichen Bauten
7. Bauaufsicht bei Bauwerken besonderer Art und Nutzung sowie bei Garagen
8. Güteüberwachung und Bauunfälle
9. Verzeichnisse der vom Anbau freizuhaltenden Verkehrsstraßen
10. Anerkennung von Prüfingenieuren für Baustatik

Zusatz Düsseldorf:

11. Technische Bühnenvorstände in Nordrhein-Westfalen

III. Geschäftsführung des oberen Umlegungsausschusses

IV. Städtebau

1. Städtebauliche Maßnahmen
2. Baustufenpläne über die Abstufung und Regelung der Bebauung
3. Wohnsiedlungsangelegenheiten
4. Bausperren
5. Fluchtlinienangelegenheiten
6. Beihilfen für städtebauliche Maßnahmen
 - a) Planung
 - b) Bodenordnung
 - c) Aufschließung und Gemeinschaftseinrichtungen in Wohnungs- und Siedlungsvorhaben
 - d) Trümmerräumung

V. Wohnungs- und Siedlungsbau

Fachtechnische Mitwirkung bei Maßnahmen des öffentlich geförderten Wohnungsbaues

Anmerkungen zu 34:**Zu Nr. I. 1:**

Die Mitwirkung umfaßt sowohl ein Vorschlagsrecht dieses Dezernats als auch die Verpflichtung der für die Bearbeitung federführenden Dezernate „Präsidialbüro“ — 01 — und „Personal- und Stellenplanangelegenheiten“ — 02 —, dieses Dezernat bei Entscheidungen durch Mitzeichnung zu beteiligen.

Zu Nr. I. 4:

Hierzu gehört auch die fachtechnische Vorprüfung der Belege über die Bauausgaben für einmalige Bauvorhaben sowie über die Ausgaben für die Bauunterhaltung.

Zu Nr. I. 7:

Unberührt von der Aufstellung in den Buchst. a—c bleibt die fachtechnische Beratung und Begutachtung in den Fällen, in denen ein anderes Dezernat (z. B. „Kommunal- und Sparkassenaufsicht“ — 31 — hinsichtlich der Sparkassengebäude) das Dezernat „Bauangelegenheiten“ hiermit befaßt.

Zu Nr. I. 10:

Zu diesem Arbeitsgebiet gehören insbesondere Gebäudeschätzungen und die für die Bewertung eines Grundstücks oder Gebäudes notwendigen Prüfungen.

Zu Nr. II. 1:

Zu diesem Arbeitsgebiet gehört u. a. die mitwirkende Wahrnehmung von bauaufsichtlichen Belangen bei ortsbaurechtlichen Vorschriften zur Regelung der Bebauung (Baustufenordnung und städtebauliche Pläne), die federführend in diesem Dezernat unter Nr. IV. 2 bearbeitet werden. Hierzu gehören ferner die Angelegenheiten Baubeschränkung zur Sicherung der Gewinnung von Bodenschätzen und die bauaufsichtliche Behandlung neuer landwirtschaftlicher Bauten.

Zu Nr. II. 4:

Dieses Arbeitsgebiet umfaßt auch die Privilegierung von kreisangehörigen Gemeinden und von Ämtern sowie die Übertragung von bauaufsichtlichen Zuständigkeiten der Bezirksregierung.

Zu Nr. II. 7:

Zu den Bauwerken besonderer Art und Nutzung gehören u. a. öffentliche Versammlungsräume, Theater, Lichtspieltheater, Waren- und Geschäftshäuser, Hochhäuser und fliegende Bauten.

Zu Nr. IV. 1:

Hierzu gehört vor allem die Bearbeitung von Genehmigungen, Bestätigungen und Zustimmunggen nach dem Aufbaugesetz vom 29. 4. 1952 (GV. NW. S. 75).

35 Dezernat Bezirksplanungsbehörde

1. Bezirkliche Raumordnungspläne
2. Fluchtlinien für Flächen von überörtlicher Bedeutung
3. Mitwirkung bei fachlichen Maßnahmen anderer Dezernate, soweit Gesichtspunkte der Raumordnung berührt werden.

Zusatz Aachen, Düsseldorf, Köln:

4. Planerische Angelegenheiten des Rheinischen Braunkohlengebietes
-

Anmerkung zu 35:**Zu Nr. 3:**

Eine Mitwirkung wird vor allem bei fachlichen Maßnahmen in den Aufgabengebieten Enteignung, Naturschutz, Vermessung, Luftschutz, Verkehr, Gewerbeaufsicht, Kommunalaufsicht, Bauangelegenheiten (Staatshochbau, Bauaufsicht und Städtebau), Kirchen- und Schulbauten, Forstwesen und Wasserwirtschaft in Frage kommen.

36 Dezernat Wohnungsbauförderung und Wohnungswesen**I. Wohnungsbauförderung**

1. Darlehen, Beihilfen, Zuschüsse sowie sonstige Förderungsmaßnahmen für Wohnungs- und Kleinsiedlungsbau
2. Förderung von Gemeinschaftseinrichtungen und freien gemeinnützigen Einrichtungen, soweit nicht nach dem Geschäftsverteilungsplan ein anderes Dezernat zuständig ist
3. Wohnungsfürsorge für Landesbedienstete
4. Überwachung der Wohnungsbauförderungsmittel
5. Verwaltung von Baudarlehen, soweit nicht andere Aufgabenträger zuständig sind
6. Hypothekengewinnabgabe
7. Angelegenheiten der Reichsheimstätten
8. Angelegenheiten der gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen

Zusatz Köln:

9. Förderung des Bergarbeiterwohnungsbaues im Rheinischen Braunkohlengebiet

Zusatz Aachen:

9. Förderung des Bergarbeiterwohnungsbaues im Aachener Steinkohlenbezirk

II. Wohnungswesen

1. Überörtliche Wohnraumkontrolle
 2. Sonstige Angelegenheiten der Wohnraumbewirtschaftung
-

Anmerkungen zu 36:**Zu Nr. I. 1:**

In diesen Beihilfen sind miteinbegriffen die Mietbeihilfen für kinderreiche Familien auf Grund des RdErl. des Ministers für Wiederaufbau vom 24. 10. 1952 in der Fassung des RdErl. vom 9. 4. 1954 (MBI. NW. S. 791).

Hinsichtlich der Mietbeihilfen nach dem Bundesmietengesetz vgl. Dezernat „Vertriebenenangelegenheiten (Bezirksvertriebenenamt) und Allgemeine Wohlfahrtspflege“ — 33 —.

Abteilung 4**41 Dezernat für Kirchensachen**

1. Staatsaufsicht über die Evangelischen Landeskirchen, die Katholische Kirche, die Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen sowie die jüdischen Kultusgemeinden (Synagogengemeinden)
 2. Bildung und Veränderung von Kirchengemeinden
 3. Gebührenordnungen für die Benutzung der konfessionellen Begräbnisplätze
 4. Angelegenheiten der Kirchensteuern
 5. Angelegenheiten der Patronate
 6. Angelegenheiten der nichtdenkmalswerten Kirchen, gottesdienstlichen Räume und Synagogen einschließlich Angelegenheiten der jüdischen Friedhöfe
 7. Mitwirkung bei Genehmigungen
 - a) zur Anlegung (Veränderung der Benutzung) von konfessionellen Friedhöfen
 - b) von Landesbeihilfen für denkmalswerte Kirchen
-

Anmerkungen zu 41:**Zu Nr. 7a:**

Federführende Bearbeitung im Dezernat „Ordnungsrechtliche Angelegenheiten“ — 21 —.

Zu Nr. 7b:

Federführende Bearbeitung im Dezernat „Bauangelegenheiten“ — 34 —.

42 Dezernat für Volks- und Mittel- (Real-) schulen (innere Schulangelegenheiten)

1. Lehrerprüfungen
 - a) Zweite Lehrerprüfung
 - b) Überprüfung der Befähigung für die Schulleitung oder für den Schulaufsichtsdienst
2. Lehrerfortbildung einschließlich Gewährung von Landeszuschüssen
3. Lehr-, Stunden- und Stoffverteilungspläne
4. Pflichtstundenermäßigung
5. Schulzeugnisse
6. Lehr- und Lernmittel
7. Schulhygiene und soziale Fürsorge
8. Schul- und Jugendwandern
9. Schulrundfunk, Schulfilm, Förderung von Jugendschriften sowie Laien- und Puppenspiele
10. Amtliches Schulblatt
11. Unterrichtsfächer
12. Unterricht in Verkehrserziehung, in Naturschutz und in Landschaftspflege
13. Schulmilchspeisung
14. Landesjugendplan
15. Musikunterricht
16. Hilfs- und Sonderschulwesen

Zusatz Münster:

Aufsicht über Taubstummen- und Blindenschulen im Landesteil Westfalen-Lippe

Zusatz Düsseldorf:

Aufsicht über Taubstummen- und Blindenschulen im Landesteil Nordrhein

17. Ersatzschulen (private Volks- und Mittel- (Real) schulen)
 18. Sonstige Angelegenheiten der Aufsicht über Mittel- (Real-) schulen
 19. Sonstige Angelegenheiten der Aufsicht über die Volksschulen, insbesondere Überwachung der Lehrkräfte — regional gegliedert nach Schulaufsichtskreisen —
 20. Mitwirkung bei beamten- und tarifrechtlichen Angelegenheiten der Schulräte und der Lehrpersonen an Volks- und Mittel- (Real-) schulen
-

Anmerkungen zu 42:

Zu Nr. 20:

Die Mitwirkung umfaßt sowohl ein Vorschlagsrecht dieses Dezernats als auch die Verpflichtung des für die Bearbeitung federführenden Dezernats „Volks-, Mittel- (Real-) schulen und berufsbildende Schulen (äußere Schulangelegenheiten)" — 44 —, dieses Dezernat bei Entscheidungen durch Mitzeichnung zu beteiligen.

43 Dezernat Berufsbildende Schulen (innere Schulangelegenheiten)

1. Öffentliche und private berufsbildende Schulen und die entsprechenden Berufsfach- und Fachlehrgänge der
 - a) gewerblich-technischen Fachrichtung
 - b) kaufmännischen Fachrichtung
 - c) gewerblich-hauswirtschaftlichen Fachrichtung
 - d) landwirtschaftlichen Fachrichtung
 - e) sozialpflegerischen und sozialpädagogischen Fachrichtung mit Ausnahme der Wohlfahrtspflege
 2. Aus- und Weiterbildung einschließlich Prüfungsangelegenheiten der Lehrpersonen an den Schulen der zu Nr. 1 genannten Fachrichtungen
 3. Fachbeiräte und Fachausschüsse
 4. Lehrverfahren und Lehrpläne
 5. Stundenpläne
 6. Lehrer- und Schülerbüchereien
 7. Lehr- und Lernmittel
 8. Film, Bild und Funk
 9. Bürgerkunde, Berufs- und Fachkunde
 10. Religionsunterricht
 11. Gestaltung der Freizeit, insbesondere Ferienordnung und Betriebsurlaub
 12. Besondere berufsbildende Betreuung von schulentlassenen und erwerbslosen männlichen oder weiblichen Jugendlichen
 13. Berufsbildungsaufgaben durch Berufsverbände, Kammern, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen
 14. Landesjugendplan
 15. Schulhygiene (schulärztliche und schulzahnärztliche Betreuung)
 16. Prüfung für Hausgehilfinnen, Hauswirtschaftsleiterinnen und Hauswirtschaftsmeisterinnen
 17. Schul- und Leistungsausstellungen
 18. Mitwirkung bei beamten- und tarifrechtlichen Angelegenheiten der Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen
-

Anmerkung zu 43:**Zu Nr. 18:**

Die Mitwirkung umfaßt sowohl ein Vorschlagsrecht dieses Dezernats als auch die Verpflichtung des für die Bearbeitung federführenden Dezernats „Volks-, Mittel- (Real-) schulen und berufsbildende Schulen (äußere Schulangelegenheiten)“ — 44 —, dieses Dezernat bei Entscheidungen durch Mitzeichnung zu beteiligen.

44 Dezernat Volks-, Mittel- (Real-) schulen und berufsbildende Schulen (äußere Schulangelegenheiten)

A. Beamtenrechtliche Angelegenheiten

I. Besondere Sachgebiete

1. Allgemeine beamtenrechtliche Angelegenheiten
2. Stellenplanangelegenheiten, insbesondere Grund- und Drittelungslisten sowie Berechnung der Pflichtanteile nach G 131
3. Disziplinar- und Gnadenangelegenheiten
4. Angelegenheiten der Personalvertretungen und der Berufsorganisationen
5. Festsetzung des BDA (DDA); Dienstaufwandsentschädigungen

II. Volksschulen

1. Ein- und Anstellung
2. Beförderungen
3. Abordnungen und Versetzungen
4. Entlassung und Versetzung in den Ruhestand
5. Ehrungen, Glückwünsche, Beileidsschreiben
6. Urlaub, Krankheit und Dienstbefreiung
7. Dienstunfälle
8. Sonstige beamtenrechtliche Angelegenheiten, insbesondere Nebentätigkeit, Aussagegenehmigungen und Schadenshaftung

III. Schulräte in den Schulaufsichtsbezirken

1. Ein- und Anstellung
2. Abordnungen und Versetzungen
3. Entlassung und Versetzung in den Ruhestand
4. Ehrungen, Glückwünsche, Beileidsschreiben
5. Urlaub, Krankheit und Dienstbefreiung
6. Dienstunfälle
7. Sonstige beamtenrechtliche Angelegenheiten, insbesondere Nebentätigkeit, Aussagegenehmigungen und Schadenshaftung

IV. Mittel- (Real-) schulen

1. Ein- und Anstellung
2. Beförderungen
3. Abordnungen und Versetzungen
4. Entlassung und Versetzung in den Ruhestand
5. Ehrungen, Glückwünsche, Beileidsschreiben
6. Urlaub, Krankheit und Dienstbefreiung
7. Dienstunfälle
8. Sonstige beamtenrechtliche Angelegenheiten, insbesondere Nebentätigkeit, Aussagegenehmigungen und Schadenshaftung

V. Berusbildende Schulen

a) Kandidaten im Vorbereitungsdienst für die berufsbildenden Schulen

1. Einstellung
2. Verleihung der Anstellungsfähigkeit
3. Abordnungen und Versetzungen
4. Entlassungen
5. Urlaub, Krankheit und Dienstbefreiung
6. Dienstunfälle
7. Sonstige beamtenrechtliche Angelegenheiten, insbesondere Nebentätigkeit, Aussagegenehmigungen und Schadenshaftung

b) Lehrpersonen an berufsbildenden Schulen

1. Ein- und Anstellung
2. Beförderungen
3. Abordnungen und Versetzungen
4. Entlassung und Versetzung in den Ruhestand
5. Ehrungen, Glückwünsche, Beileidsschreiben
6. Urlaub, Krankheit und Dienstbefreiung
7. Dienstunfälle
8. Sonstige beamtenrechtliche Angelegenheiten, insbesondere Nebentätigkeit, Aussagegenehmigungen und Schadenshaftung

c) Staatliche berufsbildende Schulen

aa) Lehrpersonen

1. Ein- und Anstellung
2. Beförderungen
3. Abordnungen und Versetzungen
4. Entlassung und Versetzung in den Ruhestand
5. Ehrungen, Glückwünsche, Beileidsschreiben
6. Urlaub, Krankheit und Dienstbefreiung
7. Dienstunfälle
8. Sonstige beamtenrechtliche Angelegenheiten, insbesondere Nebentätigkeit, Aussagegenehmigungen und Schadenshaftung

bb) Mitwirkung bei beamten- und tarifrechtlichen Angelegenheiten der sonstigen Dienstkräfte

B. Wirtschaftliche Angelegenheiten

1. Lehrpersonen an Volksschulen

- a) Beihilfen und Unterstützungen
- b) Trennungsentschädigung und Umzugskosten
- c) Reisekosten
- d) Vorschüsse

2. Lehrpersonen an den Mittel- (Real-) Schulen

- a) Beihilfen und Unterstützungen
- b) Trennungsentschädigung und Umzugskosten
- c) Reisekosten
- d) Vorschüsse

3. Schulräte in den Schulaufsichtsbezirken

- a) Beihilfen und Unterstützungen
- b) Trennungsentschädigung und Umzugskosten
- c) Reisekosten, Kraftfahrzeuge
- d) Vorschüsse
- e) Geschäftsbedürfnisse
- f) Unterhaltung und Ergänzung der Geräte, Büchereimittel

4. Kandidaten im Vorbereitungsdienst für die berufsbildenden Schulen

- a) Unterhaltszuschüsse
- b) Beihilfen und Unterstützungen
- c) Trennungsentschädigung und Umzugskosten
- d) Reisekosten
- e) Vorschüsse

5. Lehrpersonen (einschließlich Leiter) an den staatlichen berufsbildenden Schulen

- a) Beihilfen und Unterstützungen
- b) Trennungsentschädigung und Umzugskosten
- c) Vorschüsse

C. Sonstige Verwaltungsangelegenheiten

I. Volks- und Mittel- (Real-) schulen

1. Angelegenheiten der Schulverbände, insbesondere Neuerrichtung von Schulen und Bildung von Schulbezirken
2. Schulsysteme der Volksschulen (Bekenntnis- und Gemeinschaftsschulen)
3. Errichtung, Umwandlung und Aufhebung von Schulstellen
4. Schulstellenkontrolle und Festsetzung der Schulstellenbeiträge
5. Haushaltsangelegenheiten der Landesschulkasse und der Landesmittelschulkasse
6. Schulpflicht und Schulversäumnisse
7. Ferien und Ausfall des Unterrichts
8. Haftpflichtangelegenheiten, insbesondere Schülerunfälle
9. Dienstwohnungszuschüsse
10. Ausbildungsbeihilfen
11. Zuschüsse für Privatschulen (Ersatzschulen)

12. Schulaufsichtliche Genehmigung zum Neu-, Um- und Erweiterungsbau
 13. Schulbaufinanzierung
 - a) Genehmigung für Kreisbeihilfen und Zahlung von Staatsbeihilfen
 - b) Gewährung des Baudrittels
 - c) Schulbauprogramm
 - d) Ergänzungszuschüsse
 14. Ergänzungszuschüsse für sonstige Zwecke
 15. Veräußerung, Erwerb oder Tausch von Schulgrundstücken
 16. Gastschulkinder, Gastschulbeiträge
 - II. Ergänzungsschulen und Privatunterricht
 - III. Berufsbildende Schulen (mit Ausnahme der Wohlfahrtsschulen)
 1. Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen
 - a) Errichtung und Schließung
 - b) Haushalts- und Stellenplanangelegenheiten
 - c) Wirtschaftsführung einschließlich Unterhaltung
 - d) Berufsschulen: Schulbauten
 2. Schulordnungen
 3. Berufsschulkosten
 4. Berufsfach- und Fachschulen: Schulgeld
 5. Landeszuschüsse für Berufsschulen
 6. Ausbildungsbeihilfen
 7. Berufsbildende Ergänzungsschulen
 - IV. Beihilfen für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten für Schulen und Sporteinrichtungen
- Zusatz Detmold:**
- V. Äußere Schulangelegenheiten der höheren Schulen im ehemaligen Land Lippe
-

Anmerkung zu 44:

Zu Nr. A. V c, bb:

Die Mitwirkung umfaßt sowohl ein Vorschlagsrecht dieses Dezernats als auch die Verpflichtung des für die Bearbeitung federführenden Dezernats „Personal- und Stellenplanangelegenheiten“ — 02 —, dieses Dezernat bei Entscheidungen durch Mitzeichnung zu beteiligen.

45 Dezernat Allgemeine Kulturpflege, Erwachsenenbildung, Schul- und Vereinssport**I. Allgemeine Kulturpflege und Erwachsenenbildung**

1. Allgemeine Kulturpflege
2. Erwachsenenbildung, Volkshochschulen und entsprechende Volksbildungseinrichtungen einschließlich Landesjugendplan
3. Beihilfen zum Aufbau und zur Förderung von kommunalen Volksbüchereien sowie für kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungen

II. Sport

1. Leibeserziehung in Volks- und Mittel- (Real-) Schulen
 - a) Sportliche Förderung des Lehrernachwuchses
 - b) Betreuung der sportlichen Fachberater
 - c) Beschaffung von Sportgeräten
 - d) Schulsonderturnen
 - e) Bundesjugendspiele und sonstige Sportveranstaltungen
2. Angelegenheiten der Turn- und Sportvereinigungen
 - a) Anerkennung der Gemeinnützigkeit
 - b) Förderung der Lehrgangstätigkeit der sportlichen Fachverbände
 - c) Prämien- und Preisverleihungen
3. Schwimmmeisterprüfungen

Zusatz Düsseldorf:**III. Kurator der Staatlichen Kunstakademie Düsseldorf****Zusatz Detmold:****46 Dezernat für höhere Schulen im ehemaligen Lande Lippe (innere Schulangelegenheiten)**

Abteilung 5**51 Dezernat Lastenausgleich, Kriegsgefangenenentschädigung, Beschwerdeausschüsse****I. Lastenausgleich**

1. Haushalts- und Kassenangelegenheiten, insbesondere Mittelbewirtschaftung, Verwaltungskostenanteile und Forderungen des Ausgleichsfonds

Zusatz Düsseldorf:

- Haushaltsangelegenheiten für die Heimatauskunftsstellen
2. Schadensfeststellung, Bewertung und Hauptentschädigung
 3. Kriegsschadenrente
 4. Hausratentschädigung und Hausrathilfe
 5. Entschädigung im Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener
 6. Altsparerentschädigung
 7. Wohnraumhilfe
 8. Eingliederungsdarlehen

Zusatz Köln:

- Aufbaudarlehen für außerhalb des Bundesgebiets gelegene Vorhaben (Bearbeitung für das gesamte Bundesgebiet)
9. Leistungen aus dem Härtefonds
 10. Ausbildungshilfe
 11. Förderung von Gemeinschaftseinrichtungen mit Mitteln des Ausgleichsfonds

II. Beschwerden nach dem Lastenausgleichsgesetz und dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz (Beschwerdeausschüsse)**III. Kriegsgefangenenentschädigung**

Angelegenheiten der Kriegsgefangenenentschädigung und sonstige Förderungsmaßnahmen

Zusatz Aachen:**IV. Betreuung der Geschädigten, die in den unter vorläufige Auftragsverwaltung gestellten Gebieten ansässig sind sowie Transferierung von Ausgleichsleistungen**

52 Dezernat Gewerbliche Wirtschaft

I. Allgemeine Wirtschaftsangelegenheiten

1. Volks- und betriebswirtschaftliche Begutachtung von Kreditanträgen, Landesbürgschaften und sonstige betriebswirtschaftliche Aufgaben

Zusatz Aachen:

Aufbaukredite (Grenzlandhilfe)

2. Wirtschaftsbeobachtung, Statistik
3. Interzonenhandel

Zusatz Köln:

4. Wirtschaftliche Angelegenheiten des Rheinischen Braunkohlengebietes

II. Preisüberwachung

1. Preisangelegenheiten
 - a) Ernährung und Landwirtschaft einschließlich Verarbeitungsbetriebe
 - b) Gewerbliche Wirtschaft, Energiewirtschaft und Verkehrstarife
 - c) Gebühren, Beiträge und Entgelte aller Art
 - d) Mieten, Pachten und Grundstückspreise
2. Angelegenheiten der Preisauszeichnung
3. Preisrechtliche Prüfung von Aufträgen für Verteidigungstreitkräfte

III. Handwerk, Handel und Gewerbe

1. Angelegenheiten des Handwerks einschließlich des Ausbildungs- und Prüfungswesens
2. Schornsteinfegerangelegenheiten
3. Handel und Gewerbe, insbesondere
 - a) Einzelhandel, Ausverkäufe, Sonderveranstaltungen, Marktverkehr, Ausstellungen und Leistungsschauen
 - b) Gewerbebetrieb im Umherziehen, Stadthausierhandel
 - c) Bewachungsgewerbe, Versteigerungsgewerbe, Reisevermittlung, Auswanderungsunternehmen, Pfandleihgewerbe und Auskunfteien
 - d) Metallhandel
 - e) Angelegenheiten des Gaststättenrechts
 - f) Blindenwaren, Blindenbetriebe
 - g) Orderlagerscheinangelegenheiten

IV. Angelegenheiten des privaten Versicherungswesens

Anmerkungen zu 52:

Zu Nr. III. 3:

Die Aufzählung der Sachgebiete Buchst. a—g ist nicht erschöpfend. Hier sind lediglich die nach Arbeitsanfall bedeutsameren Arbeitsgebiete aufgeführt.

Zu Nr. III. 3 e:

Vgl. hierzu Dezernat „Ordnungsrechtliche Angelegenheiten“ — 21 —.

53 Dezernat Verkehr

1. Straßenverkehr einschließlich Verkehrssicherheit
2. Fahrlehrer, Fahrschulen und Fahrerlaubnis
3. Wege-, Straßen-, Wasserstraßen- und Brückenangelegenheiten
4. Bundesfernstraßen
 - a) Planfeststellungsverfahren
 - b) Ahndung von Ordnungswidrigkeiten
5. Personenbeförderung
6. Güterkraftverkehr einschließlich Ahndung von Ordnungswidrigkeiten
7. Angelegenheiten der Bundesbahn und der nicht bundeseigenen Eisenbahnen, Privatgleisanschlüsse
8. Luftverkehr

54 Dezernat Verteidigungslasten

1. Haushalts- und Kassenangelegenheiten
 2. Inanspruchnahme von Grundstücken und beweglichen Sachen
 3. Zustimmung zur Durchführung von Übungen (Manövern) fremder Streitkräfte
 4. Schäden durch fremde Streitkräfte
 5. Lieferungen und Leistungen für fremde Streitkräfte
 6. Tarif- und arbeitsrechtliche Angelegenheiten der bei fremden Streitkräften Beschäftigten einschließlich der Arbeitsrechtsstreitigkeiten
 7. Entschädigungen und Ersatzleistungen bei Notunterkünften und Lagern für Zuwanderer aus der SBZ
 8. Abwicklung von Angelegenheiten im Rahmen des Reichsleistungsgesetzes
 9. Abwicklung der Entschädigung für Baustoffentnahmen aus Trümmergrundstücken
 10. Statistik für Verteidigungslasten
-

Anmerkungen zu 54:**Zu Nr. 7:**

Hinsichtlich der Aufnahme und Unterbringung der Zuwanderer aus der SBZ in Lagern und Notunterkünften vgl. Dezernat „Vertriebenenangelegenheiten (Bezirksvertriebenenamt) und Allgemeine Wohlfahrtspflege“ — 33 —.

Zu Nr. 8:

Hier auch Abwicklung von Aufgaben der ehemaligen Wehrmachtguterfassungsstelle.

Abteilung 6**61 Dezernat Forstwesen**

1. Mitwirkung bei Personal- und Stellenplanangelegenheiten (Ausnahme Arbeiter) der staatlichen Forstämter
2. Abordnung von Dienstkräften der Fachrichtung Forstverwaltung an staatliche Forstämter oder innerhalb eines staatlichen Forstamtsbezirkes in Eilfällen
3. Ausbildungs-, Fortbildungs- und Prüfungsangelegenheiten der Dienstkräfte Fachrichtung Forstverwaltung
4. Tarifrechtliche und sonstige Angelegenheiten der Waldarbeiter
5. Haushaltsangelegenheiten
6. Reisekosten, Dienstkraftwagen, beamteneigene und anerkannt privateigene Kraftfahrzeuge
7. Dienstgrundstücke und Wirtschaftsländereien, Dienst- und Werkdienstwohnungen
8. Betriebswirtschaftliche Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung
9. Inspektion der staatlichen Forstämter
10. Waldbau
11. Forsteinrichtung und Waldwertschätzung
12. Forstversuchsangelegenheiten
13. Holzeinschlag und Holzverkauf
14. Holzaushaltung
15. Nebennutzungen
16. Forstberechtigungen
17. Grundstücksverkehr (Ankauf, Verkauf, Tausch und Verpachtung)
18. Maschinen und Geräte
19. Waldwegebau
20. Kulturen, Pflanz- und Saatgutangelegenheiten
21. Angelegenheiten der Jagd und der Fischerei in den Staatsforsten
22. Forstschutzangelegenheiten, insbesondere Schädlingsbekämpfung und Waldbrandverhütung
23. Betriebswirtschaftliche Statistik
24. Schutzforsten
25. Baumschutzangelegenheiten
26. Aufsicht über die Forsten der Gemeinden und der sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften
27. Förderung der Körperschaftsforsten
28. Wirtschaftliche Beratung der Körperschaftsforsten
29. Forstverbände und öffentlich-rechtliche Waldgenossenschaften

Anmerkungen zu 61:**Zu Nr. 1:**

Die Mitwirkung umfaßt sowohl ein Vorschlagsrecht dieses Dezernats als auch die Verpflichtung des für die Bearbeitung federführenden Dezernats „Personal- und Stellenplanangelegenheiten“ — 02 —, dieses Dezernat bei Entscheidungen durch Mitzeichnung zu beteiligen.

Zu Nr. 2:

Von diesen mündlich vorgenommenen Abordnungen ist das Dezernat „Personal- und Stellenplanangelegenheiten“ — 02 — unverzüglich zu unterrichten, damit dieses das Erforderliche umgehend veranlassen kann.

Zu Nr. 5:

Das Aufgabengebiet umfaßt hinsichtlich der Einnahmen, der Sachausgaben und der einmaligen Ausgaben der Landesforstverwaltung sowie hinsichtlich der Ausgaben zur Förderung der Forstwirtschaft

- a) die Aufstellung des Haushaltsvoranschlages,
- b) die Bewirtschaftung der Ausgabemittel,
- c) die Überwachung der Einnahmen.

Zu Nr. 26:

Hierzu zählen auch die personalrechtlichen Genehmigungsvorbehalte im Rahmen der Aufsicht über die Körperschaftsforsten.

Zu Nr. 27:

Hier handelt es sich vor allem um die Gewährung von Beihilfen und Kapitaldienstzuschüssen.

62 Dezernat Landwirtschaft und Domänen

1. Domänen und landwirtschaftlich genutzte Sondervermögen
2. Siedlungs- und Kleingartenangelegenheiten
3. Pflanzenschutz und Schädlingsbekämpfung
4. Mitwirkung bei Angelegenheiten der Flurbereinigung
5. Wahrung landwirtschaftlicher Interessen im Bergbau
6. Fischereiangelegenheiten
7. Vogelschutz

Zusatz Detmold:

8. Mitwirkung bei Personal- und Stellenplanangelegenheiten des staatlichen Domänenrentamtes in Büren und des Stiftsforstamtes in Büren

Zusatz Münster:

8. Verwaltung des Münster'schen Studienfonds und des Beckum-Ahlen'schen Klosterfonds
-

Anmerkungen zu 62:**Zu Nr. 2:**

Soweit Enteignungsverfahren im Rahmen des Kleinsiedlungs- und Kleingartenwesens durchzuführen sind, ist das Dezernat „Staatshoheitsangelegenheiten, Enteignung und Liegenschaftsverwaltung“ — 13 — zuständig. Für Maßnahmen im Rahmen des öffentlich geförderten Wohnungsbaues, die sich auf Kleinsiedlungen beziehen, ist das Dezernat „Wohnungsbauförderung und Wohnungswesen“ — 36 — federführend.

Zu Nr. 3:

Hier auch Durchführung von Bußgeldverfahren.

Zu Nr. 6:

Hinsichtlich der Fischereiangelegenheiten in Staatsforsten vgl. Dezernat „Forstwesen“ — 61 —.

63 Dezernat Veterinärwesen

1. Mitwirkung bei Haushalts-, Personal- und Stellenplanangelegenheiten der Veterinäruntersuchungsämter und der Assistenztierärzte
 2. Angelegenheiten der Tierärzte und der Tierheilkundigen
 3. Tierseuchenbekämpfung
 4. Tierseuchenentschädigung
 5. Tier- und Fleischhandel im Inland und mit dem Ausland
 6. Angelegenheiten der Fleischschau, insbesondere Fleischbeschautierärzte, Fleischbeschauer, Trichinenschauer, Beschauämter und Auslandsfleischbeschaustellen
 7. Tierärztliche Beaufsichtigung der Schlachthöfe, Nutz- und Schlachtviehmärkte, Tierschauen und -ausstellungen sowie Absatzveranstaltungen
 8. Tierzucht, Tierschutz und Tierpflege
 9. Überwachung von Lebensmitteln tierischer Herkunft
 10. Tierkörperbeseitigung
 11. Impfstoffe, Tierarzneimittel und tierärztliche Hausapotheken
 12. Hufbeschlagwesen
-

Anmerkung zu 63:**Zu Nr. 1:**

Die Mitwirkung umfaßt sowohl ein Vorschlagsrecht dieses Dezernats als auch die Verpflichtung der für die Bearbeitung federführenden Dezernate „Präsidialbüro“ — 01 — und „Personal- und Stellenplanangelegenheiten“ — 02 —, dieses Dezernat bei Entscheidungen durch Mitzeichnung zu beteiligen.

64 Dezernat Wasserrecht und Wasserwirtschaft

I. Wasserrecht

1. Wasser-, Hochwasser- und Deichaufsicht
2. Wasser-, Boden- und Deichverbände
3. Wasserrechtliche Verleihungen, Genehmigungen und Erlaubnisse
4. Führung des Wasserbuches
5. Wasserrechtskontrollkartei
6. Ausgleichungs-, Ausbau- und Zwangsrechtsverfahren
7. Eigentumsverhältnisse, Unterhaltung und Nutzung der Gewässer, Wasserlaufverzeichnisse
8. Sonstige wasserrechtliche und wasseraufsichtliche Angelegenheiten, soweit nicht vorstehend aufgeführt

II. Wasserwirtschaft

1. Mitwirkung bei Haushalts-, Stellenplan- und Personalangelegenheiten der Wasserwirtschaftsämter

Zusatz Düsseldorf:

und der Ruhrschiffahrtsverwaltung

2. Ausbildungs- und Prüfungsangelegenheiten in der Fachrichtung Wasserwirtschaft, Kultur- und Tiefbau
3. Allgemeine Wasserwirtschaftsangelegenheiten
 - a) Wasserwirtschaftliche Rahmenplanung
 - b) Gewässerkunde
 - c) Verbandspläne der Wasser-, Boden- und Deichverbände
4. Wasserversorgung
5. Abwasserbeseitigung und Abwasserreinigung
6. Unterhaltung und Ausbau von Wasserläufen, Hochwasser- und Eissschutz
7. Landwirtschaftlicher Wasserbau, Bodenverbesserung
8. Talsperren, Stauanlagen und Wasserkraftwerke
9. Ingenieurbautechnische Angelegenheiten

Zusatz Aachen:

10. Genehmigung nach dem Thermalquellenschutzgesetz

Anmerkungen zu 64:

Zu Nr. II. 1:

Die Mitwirkung umfaßt sowohl ein Vorschlagsrecht dieses Dezernats als auch die Verpflichtung der für die Bearbeitung federführenden Dezernate „Präsidialbüro“ — 01 — und „Personal- und Stellenplanangelegenheiten“ — 02 —, dieses Dezernat bei Entscheidungen durch Mitzeichnung zu beteiligen.

Zu Nr. II. 3 b:

Zu diesem Sachgebiet gehören auch die Aufgaben im Rahmen des Pegelwesens sowie des Grund- und Quellwassermeßdienstes.

— MBl. NW. 1956 S. 1397 98.

Einzelpreis dieser Nummer 1,50 DM.

Einzellieferungen nur durch den Verlag gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (pro Einzelheft 0,15 DM) auf das Postscheckkonto Köln 8516 August Bagel Verlag GmbH., Düsseldorf.
(Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.)

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag GmbH., Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 4,50 DM, Ausgabe B 5,40 DM.

